

„Erfüllt die Erwartungen der Finanzmärkte“

Am 21. März haben sich die Finanzminister der Euro-Länder auf die Finanzierung eines ständigen Europäischen Rettungsfonds (EMS) geeinigt, und damit endgültig die Weichen für den Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs Ende März gestellt.

620 Milliarden Euro umfasst die Garantiesumme für den ständigen „Rettungsschirm“, d.h. eines Fonds zur weiteren Finanzierung der Finanzmarktspekulation und zur Rettung der unter der öffentlichen Verschuldungslast – d.h. der von den Staaten sozialisierten Spekulationsverluste des Finanzkapitals – zusammenbrechenden Staaten. Deutschland soll davon knapp 170 Mrd. Euro bereitstellen. Zusätzliche 80 Mrd. sollen direkt bar in den Fonds eingezahlt werden, das sind für Deutschland fast 22 Mrd. Euro. Diese Zahlungen an den EMS müssen aber mit neuen Schulden finanziert werden, was die Staatsverschuldung weiter vorantreibt.

Jede Regierung muss für diese „Kosten der Krise“ die eigene Bevölkerung, die ArbeitnehmerInnen und Jugend bluten lassen.

Wenige Tage vor dem Gipfel der 17 Euro-Länder am 11./12. März hatte Olli Rehn, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, gewarnt: „Wenn wir die sehr hohen Erwartungen der Finanzmärkte enttäuschen, wird uns das teuer zu stehen kommen“. Der dann auf dem Gipfel verabschiedete Euro-Pakt trägt denn auch den Erwartungen der Finanzmärkte Rechnung.

Mit diesem Pakt sollen alle Länder im Namen eines strikten Schuldenabbaus nach dem Prinzip der Schuldengrenze zu drastischen Maßnahmen gezwungen werden: zum Eingriff in die Tarifautonomie durch die Forderung nach gemäßigten Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst und durch eine allgemeine Kontrolle über die Entwicklung der Löhne, der Lohnstückkosten; zu „Reformen“ des Arbeitsmarktes, der Rente und der sozialen Sicherungssysteme.

Merkel weiß, wenn sie dieses harte Diktat den anderen europäischen Ländern aufbürden will, muss sie überzeugende Maßnahmen zur Sanierung des eigenen Staatshaushalts ergreifen. Mit ihrer brutalen Sparpolitik und der vorbildhaften Verankerung der Schuldenbremse in die Verfassung in Deutschland – gegen den Widerstand der großen Bevölkerungsmehrheit – entspricht sie der Deutschland als größtem Euro-Staat in der Währungsunion zufallenden Führungsrolle.

„Griechenland, Portugal, Irland und Spanien bekamen die harte Hand der Kanzlerin ganz unmittelbar zu spüren“, so das Handelsblatt. Athen, Lissabon und Madrid kündigten noch am Wochenende nach dem Gipfel

„zusätzliche schmerzliche Einsparungen und Sozialreformen“ an. Auf dem Gipfel wurde durchaus spürbar, wie sehr den versammelten Staatschefs die Angst im Nacken sitzt, weitere Demonstrationen und Streiks der Bevölkerung ihrer von der Schuldenkrise erdrosselten Länder zu provozieren. Griechenland war gerade erst Ende Februar von dem 8. Generalstreik gegen das harte Sparprogramm und die Arbeitsmarkt-Reformen lahmgelegt worden.

Merkel, von solchen Entwicklungen gewarnt, braucht dringender denn je die volle Unterstützung ihrer Politik durch die SPD-Führung. Umso mehr als ihre Regierung durch die Abstürze von CDU und FDP in den Wahlen in NRW und Hamburg und die drohende Wahlniederlage in Baden-Württemberg mehr als geschwächt ist.

Und der SPD-Vorsitzende Gabriel garantiert ihr diese Unterstützung in Form einer „korrigierenden“ Begleitung des Euro-Pakts – an den er z. B. die Forderung nach „existenzsichernde Mindestlöhnen überall in Europa“ richtet.

Merkel findet auch die von ihr benötigte Duldung der Gewerkschaftsführung. Ein Vorbild sieht sie in dem von ihr ausdrücklich begrüßten „Sozialpakt“, den Zapatero mit den verantwortlichen Gewerkschaftsführern in Spanien unterzeichnet hat. In einem Treffen mit den spanischen Gewerkschaftsführern, das parallel zur Unterzeichnung des „Sozialpaktes“ stattfand, veröffentlichte der DGB-Vorsitzende Sommer mit den Führungen der spanischen Gewerkschaften UGT und CCOO eine Erklärung, in dem sie sich zur Notwendigkeit eines großen europäischen Paktes bekennen, verbunden mit der Forderung, „dass die Sozialpartner bei allen Reformen mit einbezogen werden müssen“ – d.h., dass ihnen die „sozialverträgliche“ korrigierende Begleitung garantiert wird.

Das Diktat des „Schuldenabbaus“, gestützt auf die Schuldenbremse, ist der Hebel für die Regierung Merkel und das Finanzkapital, um eine beispiellose soziale Demontage der öffentlichen und sozialen Infrastruktur zu erpressen und hat schon zu verheerenden Folgen in Deutschland geführt.

Im Namen des Schuldenabbaus und der Abwälzung der Kosten der „Krise“ auf die Bevölkerung hat die CDU/FDP-Regierung unter Rüttgers das Land NRW in den sozialen Niedergang getrieben, die Kommunen finanziell ausgeblutet, während Hunderte Milliarden zu ihrer Rettung an die Banken und Finanzspekulation gingen.

Weil die große Volksmehrheit wollte, dass mit dieser Politik Schluss gemacht und ein radikaler Wechsel vollzogen wird, hat sie die die bürgerliche Regierungskoalition in NRW im Mai 2010 mit einem histori-

schen Wahldesaster weggefegt.

Doch im Namen des „alternativlosen“ Schuldenabbaus, der Haushaltskonsolidierung, die sie grundsätzlich akzeptiert, verweigert heute die SPD-geführte Landesregierung unter Hannelore Kraft jeden politischen Kampf für den sozialen Wiederaufbau des Landes; sie verweigert eine Politik zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung gegen die Erpressung des Finanzkapitals, gegen die Schulden und deren Abwälzung auf die Bevölkerung.

Unter dem Druck der Finanzmärkte, der EU und der Regierung Merkel hat die SPD-geführte Regierung weitere 1,3 Mrd. Euro Rücklagen im Nachtragshaushalt 2010 allein für die Absicherung der Spekulationsverluste der WestLB eingestellt. Das treibt die öffentliche Verschuldung weiter nach oben: um 42 Mrd. Euro (!).

Selbst die minimalen Maßnahmen, wie mehr Lehrerstellen, Verbesserungen beim Bafög, Hilfen für die Kommunen, die Kraft als Korrekturen an der sozialen Verwüstung des Landes vorgesehen hatte, und mit denen der „Politische Wechsel“ gegenüber der Vorgängerregierung signalisiert werden sollte, werden u.a. in Folge dieser weiteren Verschuldungen schon wieder in Frage gestellt.

Die Schulden sind nicht die des Volkes. Die Schulden sind die Folge der hunderte Milliarden Steuergeschenke und Abgabekürzungen für das Kapital; der hunderte Milliarden, die in der Krise zur Rettung der Banken und Finanzspekulation, sowie der Konzernprofite aufgebracht werden.

Die Bevölkerung aber will mit dem politischen Wechsel die Wiederherstellung ihrer sozialen Einrichtungen, der Bildung und Krankenhäuser, der sozialen Infrastruktur und der Kommunen.

„Ist es nicht die Verantwortung der Gewerkschaften, die organisierte Kraft der Arbeitnehmerschaft mit der Bevölkerung zu mobilisieren, die geeignet ist, die Forderungen durchzusetzen, für den wirklichen politischen Wechsel und die notwendigen Sofortmaßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend vor dem Diktat der kapitalistischen Krise? Für die Organisation und Mobilisierung einer solchen Kraft werden Tausende Sozialdemokraten ihren Platz einnehmen“, schreiben GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und politisch Engagierte aus NRW. „Mit all unserer Kraft treten wir dafür in unseren Gewerkschaften, gegenüber der Arbeitnehmerwählerbasis der SPD und den SPD-Mitgliedern ein“ (Der gesamte Text liegt der Redaktion vor und kann über sie bezogen werden)

Carla Boulboulé